

II-6146 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3136 IJ

A N F R A G E

1988 -12- 15

der Abgeordneten Mag. Guggenberger, Dr. Müller, Strobl,
Weinberger
und Genossen
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Objektivierung der Sachverständigengutachten in
Sozialversicherungsangelegenheiten

Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien hat eine
Studie über Gutachten der medizinischen Sachverständigen am
Schiedsgericht der Sozialversicherung für Wien in Auftrag ge-
geben, in deren Rahmen über 1400 Gutachten überprüft wurden.

Als Ergebnis der Untersuchung wurden folgende Mängel in den
medizinischen Gutachten festgestellt:

1. Die einzelnen Sachverständigen verfügen über ein sehr
unterschiedliches Repertoire möglicher Einschränkungen
der Arbeitsfähigkeit.
2. Die durchschnittliche Zahl festgestellter Leistungsminde-
rungen pro Fall schwankt sehr stark zwischen den einzel-
nen Sachverständigen.
3. Bestimmte Einschränkungen der Arbeitsfähigkeit werden von
den einzelnen Sachverständigen unterschiedlich festge-
stellt.
4. Bestimmte Leistungsminderungen werden von den Sachver-
ständigen - mit unterschiedlichen Akzentuierungen - ver-
schieden beschrieben.
5. Manche Feststellungen sind sehr verschwommen und von
zweifelhaftem Wert.

Große Unterschiede zwischen den einzelnen Gutachten deuten also darauf hin, daß innerhalb der Sachverständigen keine einheitlichen Beurteilungskriterien gelten und Gutachten daher ein hohes Maß an Subjektivität aufweisen.

"Die Sozialgerichtsbarkeit kann ohne Veränderung in der Praxis der Begutachtungen die Erwartungen, die in sie gelegt werden, kaum befriedigend erfüllen", schreibt Mag. Karl Wörister von der AK Wien in einem in der Zeitschrift "Aktuelle Sozialpolitik" Nr. 6/86 veröffentlichten Beitrag.

Wenn sich die gegenständliche Studie auch ausschließlich auf im Berufungsverfahren erstellte Sachverständigengutachten bezieht, kann angenommen werden, daß eine Untersuchung der Begutachtungspraxis der Sozialversicherungsträger ein ähnliches Ergebnis erbringen würde.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Bundesminister für Arbeit und Soziales nachstehende

A n f r a g e :

1. Ist Ihrem Ressort die gegenständliche Studie bekannt?
2. Sind Sie bereit, durch geeignete Maßnahmen, wie etwa eine Standardisierung der Sachverständigengutachten ein möglichst objektives und damit gerechtes Begutachtungsverfahren zu bewirken?